

NEWSLETTER

des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels

- FÜR MITGLIEDER IM WAHLKREIS - ALS DOWNLOAD - IM ABO -

67. Ausgabe / 11. Juni 2021



LIEBE LESERINNEN UND LIEBE LESER,

endlich, endlich gibt es wieder positive Nachrichten, sprechen wir nicht mehr nur über steigende Inzidenzen, Schließungen, Beschränkungen und negative Entwicklungen. Rund 50 Prozent der Niedersachsen sind erst- und rund 25 Prozent auch zweitgeimpft und haben somit einen Schutzschild gegen das Corona-Virus aufgebaut.

Gastronomie und Handel sind wieder geöffnet, und unser normales Leben kehrt langsam wieder zurück. Und dennoch: Die Pandemie endet nicht, wann wir es wollen, sondern erst mit weitergehenden Impfungen. Es braucht also noch etwas Geduld und Vorsicht. Und es braucht Impfstoff. Den liefert der

Weiter auf Seite 8



WEIL UND MODDER IN DER SPD NIEDERSACHSEN VORN

Ministerpräsident Stephan Weil wurde am vergangenen Sonnabend mit großer Mehrheit als SPD-Landesvorsitzender wiedergewählt. Weil erhielt 96,95 Prozent der Delegiertenstimmen. Damit wählte die SPD Niedersachsen Weil zum 5. Mal zu ihrem Landeschef.

„Dieser Parteitag ist ein Zeichen des Aufbruchs“, sagte Weil und unterstrich den Führungsanspruch der SPD. „Wir sind mehrheitsfähig und werden das auch beweisen.“ Die anstehende Bundestagswahl bezeichnete Weil trotz magerer Umfragewerte für die SPD als ein offenes Rennen. „Die anderen haben auch ihre Probleme.“

Dem Kreis der stellvertretenden Landesvorsitzenden gehören Umweltminister Olaf Lies, MdL Philipp Raulfs, MdL Dr. Dörte Liebethuth, die ehemalige Niedersächsische Sozialministerin Carola Reimann sowie Fraktionschefin Johanne Modder aus Bunde an. Landesschatzmeister ist MdL Uli Watermann.

Unter den Beisitzern im Landesvorstand finden sich aus Weser-Ems MdB Siemtje

Möller aus Jever, Sebastian Kunde aus Osnabrück, Gerd Ludwig Will aus Nordhorn, Astrid Schlegel aus Diepholz und Andrea Kötter aus Meppen.

Zur Generalsekretärin der Partei wurde die Landtagsabgeordnete und bisherige Schatzmeisterin Hanna Naber aus Oldenburg gewählt.

Bei ihrem Landesparteitag in Hildesheim hat die SPD Bundesarbeitsminister Hubertus Heil einstimmig zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl bestimmt. Heil bekam alle Stimmen der 113 Delegierten.

Auf der 65-köpfigen Landesliste der SPD folgen - wie erwartet - die Bundestagsabgeordneten Susanne Mittag aus Delmenhorst und Matthias Miersch aus Hannover. Ebenfalls auf vordere Listenplätze gewählt wurden prominente SPD-Politiker wie Generalsekretär Lars Klingbeil, die verteidigungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Siemtje Möller, und die ehemalige Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt.

Ursprünglich sollte der Landesparteitag bereits 2020 stattfinden - wegen Corona wurde das Treffen verschoben. ■



MINISTERPRÄSIDENT STEPHAN WEIL WAR ALS PRAKTIKANT IM PINGVIN-KINDERGARTEN

Was Stephan Weil zusagt, das hält er auch ein. Bei der Übergabe des Preisübergabe an die Auricher Pinguin-Kita als Bundessieger im Wettbewerb Deutscher Kita-Kreis 2021 hatte der Niedersächsische Ministerpräsident im September 2020 zugesagt, in den Kindergarten zu einem Praktikumstag wiederzukommen.

Dieses Versprechen hat Stephan Weil am Montag Vormittag eingelöst. Begleitet wurde er von Bürgermeister Horst Feddermann, Landrat Olaf Meinen und vom Landtagsabgeordneten Wiard Siebels.

Die Kinder sowie ihre Erzieherinnen und Erzieher hatten sich gut auf diesen Besuch vorbereitet und gaben dem Ministerpräsidenten und seinen Begleitern jeweils zwei Patenkinder an die Hand. Außerdem bekamen die Gäste je eine Magnetkarte für die Öffnung der Eingangstür und einen But-

ton, auf dem „Praktikant“ stand, mit dem man sich bei den einzelnen Stationen in der Kita anmelden konnte.

Stephan Weil besuchte so die einzelnen Funktionsräume und Lernwerkstätten. An einem großen Whiteboard im Hortraum mussten ein Puzzle gelöst, Fehlerbilder geordnet und so ganz nebenbei eine Einheit Sprachförderung absolviert werden. Auch auf den Freiflächen war der Ministerpräsident aktiv. Wiard Siebels durfte dort in einem kleinen Gewächshaus Tomaten pflanzen.

Schließlich ging es zum Kinderparlament, das in einer Rundstuhlgemeinschaft im Freien tagte. Die Politiker mussten hier Rede und Antwort stehen. Die Kleinen erfuhren z.B., dass Weils Lieblingssessen Currywurst und Pommes sowie Pizza sind, die er auch gerne selber zubereitet. ■





DIE DIALOGTOUR DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION hat auf dem Auricher Marktplatz Station gemacht. Unser Bundestagsabgeordneter Johann Saathoff kam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt. Bei den dabei an ihn herangetragenen Fragen und großen und kleinen Problemen erwies er sich als ein guter Zuhörer und konnte vieles gleich vor Ort beantworten. Das Alter der Besucher am Stand ging von 3 bis 79, wie das Foto links verdeutlicht. Auch der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels schaute vorbei.



SO SIEHT DAS HEUTE AUS, wenn eine Gemeinde vom Land einen Zuschuss bekommt. „Was digital geht, muss man digital machen.“ sagt dazu der Abgeordnete Wiard Siebels. Die Schulen in Großefehn bekommen Geld aus dem Kultusministerium. Insgesamt 295.000 Euro fließen in die Gemeinde, um verschiedene Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Ganztagschule zu fördern. Dabei sind Betreuungsräume, Spielgeräten usw. Siebels dankt den Schulen, die sich um die Maßnahmen kümmern und der Gemeinde Großefehn als Schulträgerin, die mit ihrem Bürgermeister Erwin Adams und Ratsmitgliedern wie Martin Aden alles auf den Weg gebracht hat. Natürlich war das noch nicht alles; die Gemeinde hat nämlich weitere Förderanträge gestellt. „Da werde ich wohl den Kultusminister Grant Hendrik Tonne doch noch mal drauf ansprechen müssen.“ versprach MdL Wiard Siebels.

JANN BERGHAUS WURDE NACH BÜCKEBURG BERUFEN

Der Auricher Rechtsanwalt und Notar Jann Berghaus ist vom Landtag als stellvertretendes Mitglied in den Niedersächsischen Staatsgerichtshof in Bückeburg berufen worden. Nach der Wahl durch den Landtag folgt nun die offizielle Ernennung durch die Landesregierung. Die Mitgliedschaft im StGH ist ein Ehrenamt. Die Voraussetzungen für eine Wahl sind in der Verfassung des Landes geregelt. Von den 9 Mitgliedern müssen 6 Volljuristen sein, mindestens 3 sogar als Berufsrichter tätig sein. Der Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes ist Dr. Thomas Smollich, der zugleich Präsident des OLG in Lüneburg ist.

Jann Berghaus, Jahrgang 1958, studierte in Saarbrücken und Münster Rechtswissenschaften und ist seit 1992 als Fachanwalt für Verwaltungsrecht tätig. Zusammen mit Franz Duin führt er die Auricher Kanzlei Berghaus, Duin & Kollegen. Er ist Mitglied des Kollegiums der Ostfriesischen Landschaft und steht dort dem Verfassungsausschuss vor. Unser Genosse Berghaus ist zudem für den SPD-Bezirk Weser-Ems in der Schiedskommission tätig. Vorgeschlagen wurde Jann Berghaus von der SPD-Landtagsfraktion, namentlich von dem Auricher Abgeordneten Wiard Siebels.



Weitere 60.000 Euro für Umbau der Blücher-Kaserne

Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels freut sich, dass im Städtebauförderungsprogramm 2021 der Umbau der Blücherkaserne Aurich wieder mit einer Fördersumme in Höhe von 60.000 Euro aus dem Untertitel „Wachstum und Erneuerung“ berücksichtigt ist. Im Bereich Städtebauförderung unterstütze das Land Niedersachsen dieses Jahr insgesamt 204 Fördermaßnahmen der Städte und Gemeinden mit 121,6 Mio. Euro. Zusammen mit dem kommunalen Eigenanteil können damit Investitionen in Höhe von rund 167 Mio. Euro umgesetzt werden. Neben Aurich wird aus dem Untertitel „Lebendige Zentren“ auch die Stadt Wittmund mit 400.000 Euro für den Sielhafenort Carolinensiel bedacht.

„Erfolgreiche Stadtentwicklung bedeutet immer, den Wandel zu moderieren. Die Corona-Pandemie ist die zentrale, aktuelle Herausforderung insbesondere für die Entwicklung der Innenstädte und der Ortskerne.“ sagt Siebels. Politik und Verwaltung müssten heute Antworten geben auf die Frage, wie unsere Städte nach der Pandemie aussehen und vor allem wie sie genutzt werden. Denn es drohe ein zunehmender Funktions- und Attraktivitätsverlust aller Lebensbereiche: Einkaufen, Mobilität, Bildung, Kultur und Versorgung. Hierauf brauche es Antworten. „Die Städtebauförderung hilft hier, neue Wege zu gehen, und sie wirkt gleichzeitig als Konjunkturprogramm für das mittelständische



Handwerk und die Bauwirtschaft.“ Besonders finanzschwache Gemeinden können auch in diesem Jahr wieder dadurch entlastet werden, dass der kommunale Eigenanteil an den förderfähigen Kosten auf 10 Prozent gesenkt wurde. Außerdem wurde die Förderobergrenze für Erschließungsmaßnahmen rückwirkend zum 01. Januar 2020 aufgehoben.

Die Fördermittel des Landes unterstützen die Kommunen, wichtige Investitionen in die Stadt- und Ortsentwicklung zu tätigen, wodurch Ortskerne attraktiv gestaltet werden, brachliegende Flächen aktiviert oder

Grün- und Freiflächen geschaffen werden können.

Die damit verbundenen positiven Anreize für die Baubranche sicherten Arbeitsplätze im Handwerk und in der Bauwirtschaft, sagt Siebels. Zudem würden starke Impulse zur Abmilderung der coronabedingten Folgen gesetzt, von denen die regionale, häufig mittelständisch geprägte Wirtschaft profitiert..

Über die Förderungen werden die Kommunen durch die Ämter für regionale Landesentwicklung unterrichtet. Die Fördermittel selber werden von der NBank bewilligt. ■



DER NIEDERSÄCHSISCHE LANDTAG hat bereits am 6. Oktober vergangenen Jahres die Einrichtung eines Corona-Sonderausschusses beschlossen. Seine Konstituierung war dann am 2. November 2020. Aufgabe des Sonderausschusses ist es, die angesichts eines völlig neuartigen, pandemischen Krisengeschehens getroffenen Maßnahmen und deren Wirkung sach- und fachgerecht zu beurteilen und zu bewerten. Weiter sollen auf Basis dieser Erfahrungen sowie auf Grundlage neuer Erkenntnisse aus der Wissenschaft Empfehlungen zu vorbeugenden und begrenzenden Maßnahmen, steuernden Vorkehrungen und unterstützenden Leistungen des Landes für einen wirksamen Schutz und eine bedarfsgerechte Versorgung und Unterstützung im zukünftigen Pandemiefall erarbeitet werden, also für kommende Gesundheits- und Wirtschaftskrisen. Vorsitzender des Corona-Sonderausschusses ist der Landtagsabgeordnete Kai Seefried aus Drochtersen nördlich von Stade. Wiard Siebels aus Aurich ist der Sprecher der sechs SPD-Abgeordneten, die von ihrer Fraktion in diesen wichtigen Ausschuss entsandt wurden.

Enquete Kommission des Landes startet Umfrage zum Ehrenamt

„Ehrenamtliches Engagement in unserer Gesellschaft verdient großen Respekt und unsere breite Anerkennung.“ sagt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels. Hierzu hat der Niedersächsische Landtag am 30. Juni vergangenen Jahres eine Enquete Kommission unter Vorsitz der SPD-Landtagsabgeordneten Petra Tiemann aus Stade eingesetzt.

Aufgabe der Kommission ist es, die Rahmenbedingungen für das vielfältige ehrenamtliche Engagement in Niedersachsen zu verbessern und an die technischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Im April hat die Kommission jetzt eine Fragebogenaktion gestartet. Siebels sagt hierzu: „Wir laden deshalb alle ehrenamtlich engagierten Niedersächsischen und Niedersachsen dazu ein, an dieser Umfrage teilzunehmen und ihre Erfahrungen und Wünsche direkt in die Arbeit der Kommission einfließen zu lassen.“

Das Ehrenamt sei eine zentrale Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und unverzichtbarer Teil unserer demokratischen Gesellschaft; das gelte insbeson-



dere auch für unsere Region Ostfriesland. Zur Unterstützung und Förderung der sich freiwillig engagierenden Bürgerinnen und Bürger habe die Enquete-Kommission Ehrenamt deshalb einen Fragebogen zu den vielfältigen Ausprägungen und Herausforderungen der ehrenamtlichen Arbeit veröffentlicht. Ziel des Fragebogens sei es, das vielseitige Feld des Engagements realitätsnah abzubilden, um die Arbeit der Kommission richtungsweisend zu lenken. Die Umfrage ist noch bis zum 28. Mai 2021 freigeschaltet und unter folgendem Link zu erreichen: <https://survey.questionstar.com/2c1c1232>

Bald auch in Niedersachsen möglich: Moped-Führerschein mit 15 Jahren

Seit Ende 2019 ist es durch das Bundesgesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften möglich, dass die Bundesländer in eigener Kompetenz entscheiden konnten, ob das Mindestalter für den Führerschein der Klasse AM, der sogenannten Moped-Führerschein, von 16 auf 15 Jahre herabgesetzt wird.

Bislang hatte Niedersachsen von dieser Kompetenz keinen Gebrauch gemacht. Geht es nach dem Willen der Verkehrspolitiker in der SPD-Fraktion, müssen auch die Jugendlichen in Niedersachsen zeitnah das Recht erhalten, bereits mit 15 Jahren den Moped-Führerschein machen zu können.

„Niedersachsen verfügt über viele ländliche Bereiche, in denen die Angebote des ÖPNV häufig noch nicht befriedigend sind. Die Projektmodelle in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass frühere Mobilität auch mehr Freiheiten schafft und auch den Weg zur Schule oder Ausbildungsstätten verbessert“, erklärt hierzu der SPD-Abgeordnete Wiard Siebels.

„Gerade in ländlich strukturierten Regionen wie Ostfriesland schaffen wir mit dem Herabsetzen des Mindestalters zum Erwerb des Führerscheins der Klasse AM eine deutliche Verbesserung der Bewegungsfreiheit und sorgen damit auch für mehr Chancengleichheit unter den Jugendlichen.“

Es dürfe nämlich nicht sein, dass jemand eine Schule nicht besuchen oder eine Ausbildung nicht annehmen kann, weil es ihm oder ihr nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist, diese zu erreichen, ergänzt Siebels.

Beispiele aus anderen Bundesländern würden die Forderungen der SPD-Landtagsfraktion nach einer schnellen Änderung des Fahrerlaubnisrechts unterstreichen. Mit dem aktuellen Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) könne diese Regelung jetzt zeitnah umgesetzt werden. Die SPD-Landtagsfraktion werde sich gezielt dafür einsetzen, dass die Änderungen noch in diesem Sommer auf den Weg gebracht werden und auch Niedersachsen jungen Menschen mehr Mobilität gewährt.



loewyne / pixelio.de

SIEBELS: DAS TIERWOHL AUCH IN DER FORSCHUNG MEHR IM AUGE HABEN

„Wir alle erinnern uns an die grausamen Misstände im Tierversuchslabor im Landkreis Harburg, die im Oktober 2019 von der SOKO Tierschutz aufgedeckt wurden. Die schrecklichen Bilder von gequälten Tieren waren erschütternd, und der Betrieb wurde konsequenterweise geschlossen.“ Sagt der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels.

Auch in Zukunft müsse alles dafür getan werden, dass solche kriminellen Machenschaften schnellstmöglich aufgedeckt und im besten Fall schon im Vorfeld verhindert werden. Siebels betont aber auch, dass ein großer Teil der Firmen und Institute, die mit Tierversuchen arbeiten, die geltenden Gesetze und Vorschriften einhalten.

„Doch auch, wenn dem Tierschutzgesetz entsprochen wird und viele Betriebe sogar darüber hinaus noch für Tierschutz sorgen, wird vielen Tieren bei diesen Versuchen Schmerz und Leid zugefügt. Wir wollen deshalb mit einem Entschließungsantrag dafür sorgen, dass jedes Tierversuchsvorhaben einer Genehmigungspflicht unterworfen wird“, so Wiard Siebels.

Ein Baustein auf dem Weg zu weniger Tierversuchen seien alternative Forschungsmethoden. Dort, wo es bereits alternative Möglichkeiten gibt, dürfen Tierversuche auch nicht genehmigt werden. fordert der Abgeordnete Siebels.

EIN KUH-TOURISMUS ÜBER AURICH MUSS VERHINDERT WERDEN

Über 30 tragende Kühe aus Bayern wurden kürzlich in den Landkreis Aurich transportiert, um nach der Quarantänezeit von dort aus ins Ausland gebracht zu werden. „Kuh-Tourismus über Niedersachsen und speziell über Aurich ist nicht akzeptabel. Niedersachsen darf bei der Abfertigung von Tiertransporten nicht zum Schlupfloch für andere Länder werden! Wir fordern die Bundesebene auf, hier schnellstmöglich zu handeln. Für uns ist ganz klar: Solange dieser Sachverhalt nicht geklärt ist, braucht es ein Moratorium. Wir müssen sicher davon ausgehen können, dass unsere Tiere ohne Qual in Drittländer transportiert werden“, schildert der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels.

„Wir haben als Agrarland Nr. 1 eine besondere Verantwortung für den Tierschutz. Und eben dieser Tierschutz endet nicht an der Grenze der Europäischen Union. Wir brauchen bundeseinheitliche Regelungen und eine überarbeitete Tierschutztransportverordnung. Nicht nur die Bundeslandwirtschaftsministerin muss hier Verantwortung übernehmen!“, fordert Siebels.



Siebels: Große Sorge über Zukunft der Innenstädte

Die Verwendung europäischer Hilfsgelder für Niedersachsens Innenstädte war Thema eines Gesprächs zwischen Niedersachsens Europa- und Regionalministerin Birgit Honé und den Spitzen der drei kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen.

Die Landesregierung will rund 100 Mio. Euro aus den von der EU bereitgestellten Coronahilfen (REACT-EU) für ein Programm zur Stärkung der Innenstädte nutzen. Das Ministerium führt aktuell mit der EU-Kommission Gespräche über eine mögliche Ausgestaltung.

Nach Aussage des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels komme es darauf an, gemeinsam mit den Städten und Gemein-

den die richtigen Förderungen auf den Weg zu bringen. Siebels: „Gerade in dieser Frühphase wollen wir uns eng mit den Kommunen abstimmen, um gemeinsam und vor allem schnell gute Idee umzusetzen.“

Infolge der Coronapandemie habe sich der Strukturwandel in den Ortskernen und den Stadtzentren massiv beschleunigt, betont Siebels. Dies gelte auch für das Mittelzentrum Aurich, sagt Siebels. Das Land werde deshalb seine laufenden und geplanten Aktivitäten zur Belebung der Innenstädte weiter verstärken.

„Wir brauchen dringend Mittel auf der örtlichen Ebene für die Klein- und Mittelstädte, um die dortige Infrastruktur zukunftsfähig

zu gestalten. Diese Städte und Gemeinden verlieren nicht nur ihre Schaufenster, sondern einen großen Teil ihrer Identität, wenn dort nichts passiert“ warnte Siebels.

Dabei gehe es um Gelder, die nicht nach kleinteiligen Förderrichtlinien zu beantragen sind, sondern die auch flexibel und experimentell eingesetzt werden können. Die Nutzung der Gelder aus den europäischen Corona-Hilfen sei hierbei ein Schritt in die richtige Richtung.

„Wir müssen jedoch gemeinsam mit der Kaufmannschaft auch noch weitere Maßnahmen ergreifen, damit die Menschen nach Corona mit Freude in die Innenstädte zurückkehren.“ sagt Siebels. ■

Land greift dem Sport wieder finanziell unter die Arme

Der Abgeordnete Siebels begrüßt es sehr, dass der Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, eine Aktualisierung des Corona-Sonderprogramms für Sportorganisationen auf den Weg gebracht hat. Damit können niedersächsische Sportvereine auch 2021 ihre Anträge an den Landessportbund richten. Siebels wörtlich: „Wir helfen den Sportorganisationen, die aufgrund der Corona-Pandemie in ernsthafte Nöte geraten sind. Der Sport ist eine essentielle Bereicherung für unsere Gesellschaft – umso wichtiger finde ich es, dass wir in der Krise die Sportvereine nicht vergessen, sondern ihnen in diesen schweren Zeiten vom Land finanziell unter die Arme greifen! Angesichts der Einschränkun-

gen infolge der COVID-19-Pandemie wird uns die Bedeutung der Sportvereine in dieser noch andauernden Phase des Verzichts und der Kontaktreduzierung in allen Gesellschaftsteilen besonders deutlich. Wir brauchen jetzt einen verlässlichen Fahrplan für eine Wiederaufnahme des Sportbetriebs, sobald die Umstände es zulassen. Gerade für Kinder ist es wichtig, über den Sport Anschluss zu bekommen und zur Normalität zurückzukehren.“

Bei der Aktualisierung des Corona-Sonderprogramms für Sportorganisationen wurde in Absprache mit dem Landessportbund (LSB) die Ausgangsrichtlinie aus dem vergangenen Jahr angepasst, damit die Sportorganisationen

ihre Anträge 2021 weiterhin an den LSB richten können. Neu ist, dass Organisationen, die aus dem Sonderprogramm bisher Billigkeitsleistungen von weniger als 50.000 Euro erhalten haben, 2021 einen erneuten Antrag stellen können.

Mit der Möglichkeit einer erneuten Antragstellung würden Voraussetzungen geschaffen, gerade den Vereinen, die infolge der Corona-Pandemie in ihrer Existenz bedroht sind, weiterhin unbürokratisch zu helfen. Die bisher nicht abgerufenen Mittel aus dem Programm in Höhe von rd. 4,15 Mio. Euro würden jetzt dem gemeinnützigen Sport auch im Kalenderjahr 2021 zur Verfügung stehen.

Die Abwicklung des Corona-Sonderprogramms für den

Sport erfolge weiterhin im Rahmen der Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Unterstützung von der COVID-19-Pandemie in ihrer Existenz bedrohten Sportorganisationen. Diese könnten Billigkeitsleistungen in Höhe von 70 Prozent der entstehenden Unterdeckung, höchstens jedoch 50.000 Euro pro Verein erhalten. Eine allgemeine Kompensation entgangener Einnahmen sei mit dem Sonderprogramm nicht vorgesehen. Seit dem 1. Februar können Sportorganisationen ihre Anträge online über das Intranet des LSB stellen (<https://lsbntweb.lsb-niedersachsen.de/foerder.osp>).

Eine Antragstellung ist noch bis 15. November 2021 möglich. ■

SIEBELS: MIT HÄRTEFALLFONDS DES LANDES LÜCKEN BEI DEN CORONA-WIRTSCHAFTSHILFEN SCHLIESSEN

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich die Hilferufe von Unternehmen und Soloselbstständigen, die bislang nicht von den staatlichen Coronahilfen der November- und Dezemberhilfen oder im Rahmen der Überbrückungshilfen III profitieren konnten, obwohl sie pandemiebedingt in Not geraten sind – etwa bei Firmengründungen nach dem 1. Mai 2020. Für diese und weitere Fälle hat der Finanzausschuss des Niedersächsischen Landtags jetzt Nothilfen auf den Weg gebracht.

„Gemeinsam mit dem Bund haben wir einen Härtefallfonds für Unternehmen und Soloselbstständige geschnürt, die bisher leider durchs Raster gefallen waren, und denen nun unverschuldet die Pleite droht“, unterstützt der Abgeordnete Wiard Siebels das Programm. „Von den Geldern hängen nicht nur hunderte Selbstständige mit an sich tragfähigen Geschäftsmodellen ab, sondern auch zahllose Arbeitnehmer und ihre Familien.“

Aus dem von Bund und Ländern paritätisch finanzierten Härtefallfonds entfallen auf Niedersachsen insgesamt 141,14 Mio. Euro. „Der Fonds ist gut ausgestattet und pragmatisch abrufbar. Berechtigte

können über ‚prüfende Dritte‘, beispielsweise ihre Steuerberaterin oder ihren Steuerberater, Hilfe beantragen, um an das oft dringend benötigte Geld zu kommen“, erklärt Siebels weiter.

Jetzt das wirtschaftliche Überleben sicherstellen, sei allemal besser, als später Existenzen neu aufbauen zu müssen. „Neben der Freude über die verabschiedeten Härtefallhilfen fürchten wir als SPD-Landtagsfraktion, dass antragsberechtigte Unternehmen dennoch Insolvenz anmelden müssen, sollte die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht auf Bundesebene nicht rückwirkend über den 30.04.2021 hinaus verlängert werden.“ Dies sei trotz Drängens der SPD bislang am Widerstand der Unions-Bundestagsfraktion gescheitert, sagt der Abgeordnete.

Siebels nimmt deswegen den Koalitionspartner in die Pflicht: „Die CDU-Landtagsfraktion und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann sollten im Sinne der existenzbedrohten Unternehmen und Selbstständigen ihren Einfluss geltend machen und sich bei ihren Parteifreunden in Berlin für die Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzanzeigespflicht stark machen.“



HELENE KRULL-WEBER ist die neue Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Aurich; sie folgt Sebastian Schulze nach, der sich auf seine berufliche Weiterqualifizierung konzentriert. Nach über einem Jahr Wartezeit wegen der Corona-Pandemie hat der Stadtverband seinen Parteitag nachholen können. Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels überbrachte ein ganz herzliches Dankeschön an Sebastian und den scheidenden Vorstand für die geleistete Arbeit. Er freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit Helene und dem neuen Vorstand. Unser Bild zeigt (v.l.) unseren Bundestagsabgeordneten und Gastredner Johann Saathoff, Helene Krull-Weber, Wiard Siebels und Harald Bathmann, den Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion.

RICO MECKLENBURG, Präsident der Ostfriesischen Landschaft, nahm aus der Hand von Björn Thümmler, dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur, einen Zuschuss des Landes in Höhen von 250.000 Euro für den Aufbau eines Magazins/Depots für eine Aufbewahrung von Kulturgütern aus unserer Region entgegen. Weitere 850.000 Euro kommen dank des Einsatzes von MdB Johann Saathoff vom Bund, und etwa 150.000 Euro steuern die Kommunen bei. Dieses Zentralarchiv soll im Bereich der früheren Auricher Blücher Kaserne geschaffen werden.



SÜDBROOKMERLAND FREUT SICH AUCH ÜBER KLEINE FÖRDERSUMME

Für die Sanierung und dauerhafte Nutzung von zwei ehemaligen Lehrerwohnungen über der Grundschule Wiegboldsbur hat das Land Niedersachsen der Gemeinde Südbrookmerland jetzt eine Landeszuweisung von 75 Prozent der veranschlagten Bausumme von rund 45.000 Euro gewährt. Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) hat diese erfreuliche Mitteilung dem Südbrookmerlander Bürgermeister Friedrich Süssen in einer Video-Konferenz überbracht, an der auch der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels teilnahm. Die beiden ehemaligen Lehrerwohnungen müssen renoviert werden, um den Ganztagsbetrieb in Wiegboldsbur langfristig abzusichern. Insbesondere geht es dabei um den Austausch der abgängigen Fenster, um die bauliche Schließung der früher üblichen Heizkörpernischen – beides im Interesse der Energieeinsparung – sowie um Maler- und Fußbodenarbeiten. Die Fördersumme ist zwar sehr gering, der Bürgermeister der finanzschwachen Gemeinde freut sich aber auch über kleine Beträge.

BUND HILFT BEI DER ORGELSANIERUNG

Die Restaurierung der Brond de Grave-Winter-Orgel von 1860 in der Johann-Heinrich-Leiner-Kirche in Mittegroßefehn wird vom Bund gefördert. „Diese mehr als 150 Jahre alte Orgel ist ein besonderes Stück. Deshalb freue ich mich, dass der Bund mit 143.000 Euro die Hälfte der Restaurierungskosten beisteuert.“ sagte der Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff. Der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels freut sich ebenfalls für die Gemeinde Großefehn.

Fortsetzung von Seite 1

Bundesgesundheitsminister. Wir hoffen gemeinsam, dass die Zusagen von dort eintreten und die Impfstoffknappheit endlich endet.

Jetzt müssen wir verstärkt über Impfungen aufklären und dürfen nicht außer Acht lassen, dass nicht geimpfte Menschen das Risiko eines schweren Verlaufes haben und damit ebenso das Risiko anhaltender Langzeitfolgen. Jede Impfung schützt nicht nur die geimpfte Person, sondern auch das Umfeld, weil das Infektionsgeschehen eingedämmt wird.

Und wir müssen gemeinsam die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Corona in Angriff nehmen. So haben Kinder und Jugendliche einen übergroßen Anteil an der Eindämmung der Pandemie getragen. Unsere Aufgabe ist es, den jungen Menschen etwas zurückzugeben. Bund und Land legen Programme auf, füllen wir sie gemeinsam mit Leben.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie treffen viele Branchen. Ein Bereich betrifft uns aber alle: Die wirtschaftlichen Folgen für unsere Innenstädte. Seit Jahren geht der Trend zu anonymen Filialisten, kämpfen Einzelhändler ums Überleben.

Die Pandemie aber hat hierbei durch den Internethandel wie ein Brandbeschleuniger gewirkt. Ich bin froh, dass Olaf Lies und Birgit Honé als unsere Minister ein finanzschweres Programm aufgelegt haben. Wir sollten uns sputen, um die Hilfen auch in unsere Region zu bekommen.

Herzlichst

Ihr




IN DER DELEGIERTENKONFERENZ für die Aufstellung der SPD-Kandidaten für den neuen Kreistag des Landkreises Aurich wurden Wiard Siebels, Ingeborg Kleinert, Johannes Kleen und Johann Saathoff (im Foto v.l.) sowie Erwin Sell aus Hage als Spitzenkandidaten gewählt. Auf den Listen finden sich junge Leute, Frauen, Männer, verschiedene Berufe, und und und - insgesamt eine gute Mischung unterschiedlicher Kandidatinnen und Kandidaten, die sich am 12. September dem Votum der Kreisbevölkerung stellt.



EINEN EXKLUSIVEN BLICK AUF DEN LAPTOP des Landtagsabgeordneten Wiard Siebels bietet dieses Foto. Es entstand bei einer Online-Veranstaltung des SPD-Stadtverbandes Aurich, in der Johannes Kleen, der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, ausführlich über die Arbeit des Landkreises und der Kreistagsfraktion berichtete.

WIARD SIEBELS

Niedersächsischer Landtagsabgeordneter

Impressum (V.i.S.d.P.): Abgeordnetenbüro Siebels

Dita Bontjer, Mitarbeiterin
 Julianenburger Straße 33
 26603 Aurich
 Telefon: 04941 3387 u. 9806725
 Telefax: 04941 9807462
 eMail: buero@wiard-siebels.de

Newsletter Layout und Redaktion:
 M. Galka, Aurich

Homepage:
www.wiard-siebels.de

